

# EUROPÄISCHER KONVENT

DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 4 Februar 2003

CONV 530/03

CONTRIB 223

## VERMERK

---

des	Sekretariats
für den	Konvent

---

<u>Betr.:</u>	Beitrag von Herrn Erwin Teufel, Mitglied des Konvents
	- „Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Verfassungsvertrag“

---

Der Generalsekretär des Konvents hat den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag des Mitglieds des Konvents Herrn Erwin Teufel erhalten.

## Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften im Verfassungsvertrag

### VORBEMERKUNG

Der Konvent debattiert am 7. Februar 2003 über die Rolle der Regionen im Verfassungsvertrag. Der Vorentwurf des Präsidiums vom 28. Oktober 2002 (CONV 369/02) setzt zu Recht an verschiedenen Stellen die Bedeutung der Regionen in der künftigen Union voraus.

Als Vertreter der deutschen Länder, die innerhalb der Union Regionen mit Staatsqualität und Gesetzgebungsbefugnissen sind, spreche ich mich für eine **Berücksichtigung der Regionen im Verfassungsvertrag** aus, die ihrer Bedeutung im Leben unserer Mitgliedstaaten entspricht. Gleiches gilt für die **Gemeinden**, die in allen Mitgliedstaaten als die bürgernächsten Einheiten anerkannt sind. Ein wirkliches Europa der Bürger setzt gemäß dem **Subsidiaritätsprinzip** Befugnisse der Regionen und Kommunen voraus, um vor Ort diejenigen Probleme zu entscheiden, die dort am besten gelöst werden können.

Ich weiß mich mit zahlreichen Stellungnahmen von Konventsmitgliedern und Institutionen einig, die bereits wohlbegründete Vorschläge für die Einbeziehung der Regionen und Gemeinden in die europäische Verfassung gemacht haben. Ich erwähne aus letzter Zeit den vom Europäischen Parlament am 14. Januar 2003 angenommenen **Napolitano-Bericht** über die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften beim europäischen Aufbauwerk, die **Vorschläge des Ausschusses der Regionen** vom 20. Dezember 2002 (CONV 494/03), die Ergebnisse des **3. Treffens der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen** vom 14.-15. November 2002 in Florenz oder das Positionspapier der **Versammlung der Regionen Europas** vom Oktober 2002.

In grundsätzlichem Einklang mit diesen und anderen Stellungnahmen fasse ich im Folgenden die wichtigsten regionalen Forderungen an den Verfassungsvertrag aus der

Sicht der deutschen Länder zusammen. Dabei geht es insbesondere um:

- die Position der **regionalen und lokalen Gebietskörperschaften als solche** im Gefüge der Union
- die Reform des **Ausschusses der Regionen**
- und um eine Aufnahme der **grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit** in den Verfassungsvertrag.

## I. Regionale und lokale Gebietskörperschaften im Verfassungsvertrag

1. Bei der Definition des Subsidiaritätsprinzips in Artikel 5. Abs. 2 EG-Vertrag sollte ein Hinweis aufgenommen werden, dass vor dem Erlass von EG-Regelungen die Möglichkeiten der Mitgliedstaaten einschließlich ihrer Regionen und Kommunen berücksichtigt werden müssen. Dies fordert auch der Napolitano-Bericht des Europäischen Parlaments.
2. Zu der bisher in Art. 6 Abs. 3 EU-Vertrag anerkannten nationalen Identität der Mitgliedstaaten gehört gemäß der näheren Regelung in den nationalen Verfassungen die **regionale und kommunale Identität**. In der Neufassung der „Identitätsklausel“ im Verfassungsvertrag sollte daher die **Achtung der regionalen und kommunalen Selbstorganisation** der Mitgliedstaaten im Sinne der nationalen Verfassungen Aufnahme finden (Teil der sog. „Christophersen-Klausel“).
3. In Artikel 211 EG-Vertrag sollte die Verpflichtung der Europäischen Kommission aufgenommen werden, die Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in geeigneter Weise in einem frühen Stadium des Gesetzgebungsverfahrens zu konsultieren, soweit sie mit der Umsetzung und Durchführung von Rechtsakten betraut sind. Diese frühe Einbeziehung der Betroffenen wäre aus meiner Sicht geeignet, zu einer Stärkung des demokratischen Lebens in der Europäischen Union beizutragen.

4. Wie die Arbeitsgruppe „Subsidiarität“ überzeugend vorgeschlagen hat, sollten die nationalen Parlamente in das „**Frühwarnsystem**“ des europäischen Gesetzgebungsverfahrens zur Wahrung der Subsidiarität einbezogen werden. Dieses Beteiligungsrecht sollte in denjenigen Mitgliedstaaten, die über zwei Kammern verfügen, **jeder Kammer** zustehen. Über die zweiten Kammern könnten regionale Gesichtspunkte rechtzeitig geltend gemacht werden.
5. Es müsste eine Verpflichtung geschaffen werden, dass jeder Vorschlag zur europäischen Gesetzgebung **die finanziellen Belastungen offen legt**, die sich aus ihm für die Mitgliedstaaten sowie für die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften ergeben.
6. Ich setze mich nachdrücklich für das Klagerecht der **Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis** beim Europäischen Gerichtshof zur Wahrung ihrer Rechte und zur Sicherung des Subsidiaritätsprinzips ein. Dieses wird auch vom Ausschuss der Regionen gefordert. Auch das Europäische Parlament hat im Napolitano-Bericht ein Klagerecht nach Maßgabe des nationalen Rechts gefordert. Dieses sollte allerdings nicht von der Zustimmung des Mitgliedstaats abhängig gemacht werden.
7. Würde man das Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis nicht vorsehen, wäre unabdingbar, dass in den Mitgliedstaaten, die über zwei Kammern verfügen, **jeder dieser Kammern das Klagerecht verliehen würde**, damit auf diese Weise regionale Anliegen geltend gemacht werden könnten. Dieser Vorschlag ist in den Berichten der Arbeitsgruppen „Subsidiarität“ und „Einzelstaatliche Parlamente“ enthalten.

## II. REFORM DES AUSSCHUSSES DER REGIONEN

1. Wie vom Ausschuss der Regionen und von anderer Seite gefordert, sollte dem reformierten Ausschuss der Regionen künftig **Organstatus** im Sinne des heutigen Art. 7 Abs. 1 EG-Vertrag verliehen werden. Da der Ausschuss aus gewählten Vertretern der regionalen und kommunalen Ebene besteht und

künftig über erweiterte Rechte verfügen sollte (siehe unten), erscheint es angebracht, ihn auf dieselbe Ebene wie den Rechnungshof zu stellen. Der Ausschuss sollte sich in seiner Zusammensetzung stärker als bisher an **repräsentativen und demokratischen Grundsätzen** orientieren und dabei die Bedeutung der Regionen mit gesetzgebenden Körperschaften besser berücksichtigen. Ich unterstütze die Vorschläge, dass ein derart reformierter Ausschuss künftig als „**Versammlung**“ oder „**Kongress**“ der **Regionen der Union** bezeichnet werden sollte.

2. Der Ausschuss der Regionen sollte in das „**Frühwarnsystem**“ des europäischen Gesetzgebungsverfahrens zur Wahrung der Subsidiarität einbezogen werden.

Das bereits informell bestehende **Fragerecht** des Ausschusses an die Kommission in allen regionalen Angelegenheiten sollte im Verfassungsvertrag verankert werden.

Die Kommission sollte verpflichtet sein, über Stellungnahmen des Ausschusses Bericht zu erstatten und insbesondere zu begründen, wenn sie von einer obligatorischen Stellungnahme des Ausschusses abweicht.

3. Wie vielfach gefordert, sollte dem Ausschuss ein **Klagerecht** zur Wahrung seiner Rechte und zur Einhaltung der Subsidiarität eingeräumt werden (Ergänzung des heutigen Art. 230 Abs. 3 EG-Vertrag).

### III. GRENZÜBERSCHREITENDE UND INTERREGIONALE ZUSAMMENARBEIT

Schon seit längerer Zeit wird der innere Zusammenhalt der Union durch die **interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit** gefördert. Ich erinnere an die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen deutschen, französischen, italienischen und spanischen Regionen („Vier Motoren“) oder an die grenzüberschreitende Regionalkooperation, z. B. am Oberrhein und auch an den neuen Binnengrenzen zu den Beitrittsstaaten.

Vor diesem Hintergrund wäre die Aufnahme einer **Zielbestimmung** in den Verfassungsvertrag wünschenswert, mit der die interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu einem ausdrücklichen Anliegen der Union gemacht würde.

### **Schlussbemerkung**

Eine Berücksichtigung der hier genannten Stellungnahmen im Verfassungsvertrag entspricht dem heute bereits in **Art. 1 EU-Vertrag** enthaltenen Auftrag, die Europäische Union so zu gestalten, dass ihre Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden sollen, sowie der Forderung der **Erklärung von Laeken**, dass die europäischen Organe in der Union künftig dem Bürger näher gebracht werden müssen.